

Neue Zürcher Zeitung

NZZ – GEGRÜNDET 1780

Mittwoch, 26. Juni 2019 · Nr. 145 · 240. Jg.

AZ 8021 Zürich · Fr. 4.90 · €4.90



ANNICK RAMP / NZZ

Ein Leben ohne Perspektive

Berhe Goitom lebt noch in der Schweiz, obwohl er sie längst hätte verlassen müssen. Der junge Eritreer ist einer von über 5000 weggewiesenen Asylbewerbern, die hierzulande von Nothilfe leben. Hunderte von ihnen weigern sich trotzdem, zurückzukehren. Doch abschieben kann sie die Schweiz nicht, da sich Eritrea weigert, seine Bürger zwangsweise zurückzunehmen. *Schweiz, Seite 14*

«Ein unkonventioneller Präsident»

Interview mit Donald Trumps früherem Sicherheitsberater Herbert McMaster

win. Washington · Iran, Nordkorea, Russland und China: Konfrontationen auf der ganzen Welt. Wegen der sprunghaften Rhetorik von Präsident Donald Trump entsteht oft der Eindruck, Amerikas Aussenpolitik werde hauptsächlich von den Launen des Chefs gesteuert. In einem Interview zeichnet der frühere Sicherheitsberater Herbert Raymond «H. R.» McMaster ein anderes Bild: Die grossen Linien der amerikanischen Politik erscheinen bedeutend konsistenter und nachvollziehbarer, und sie haben sich offenbar kaum verändert. Nach Ansicht McMasters sind viele Probleme alt-

bekannt, aber Trump, den er als «unkonventionellen Präsidenten» bezeichnet, gehe sie anders an.

McMaster, bis zu seiner Berufung ins Weisse Haus im Februar 2017 ein aktiver Heeresgeneral, galt schon vor Jahren in Offizierskreisen als präziser Freigeist und scharfer Analytiker mit breitem Wissen. Viele wunderten sich, dass er bereit war, einem Präsidenten zu dienen, der intellektuelle Argumente ebenso hasst wie fundierte Analysen. Schon bald fiel er in Ungnade; nach gut einem Jahr im Amt wurde er im April 2018 entlassen und durch John Bolton ersetzt.

McMaster ist seither an der Universität Stanford und in der Hoover Institution beschäftigt. Zudem schreibt er ein Buch, in dem er die seiner Ansicht nach wichtigsten Bedrohungen der USA analysiert: die Verteidigung der Demokratien gegen autoritäre Systeme, terroristische Netzwerke, feindliche Staaten wie Iran oder Nordkorea und schliesslich neue Schauplätze der Konfrontation wie den Weltraum. Im Interview spricht er auch die Herausforderung an, die in der Kriegführung durch den Einsatz von künstlicher Intelligenz entstehen. *International, Seite 6*

Die Jungen zahlen die AHV-Zeche

Finanzloch von 550 Milliarden Franken trotz Reform

Die geplante Sanierung der AHV belastet laut einer Studie primär die unter 40-Jährigen. Daran dürfte der anstehende Richtungsentscheid des Bundesrats wenig ändern.

hus./fab. · Wie Geschäftsleute konzentrieren sich auch Politiker auf ihre wichtigsten Kundengruppen. Da etwa 60 Prozent der Urnengänger in der Schweiz über 50 Jahre alt sind, muss man sich nicht wundern, dass das System der Altersvorsorge mittels Subventionierung der Älteren schwere Hypotheken zulasten der Jüngeren aufgebaut hat. Eine am Dienstag publizierte Studie des Forschungszentrums Generationenverträge der Universität Freiburg im Breisgau und der UBS rechnet vor, dass gemäss geltender Rechtslage die ungedeckten Checks in der AHV rund 1100 Milliarden Franken ausmachen. So gross sind die Zahlungsverprechen, die nicht durch Einnahmen gedeckt sind.

Mit der vom Volk heuer beschlossenen AHV-Zusatzfinanzierung im Rahmen der Steuerreform und der vom Bundesrat 2018 in die Vernehmlassung geschickten Reform «AHV 21» würde sich das Finanzloch der AHV gemäss der Studie etwa auf 550 Milliarden Franken halbieren. Dieser Betrag entspricht ungefähr der Summe aller Löhne, Gewinne und Abschreibungen in der Schweizer Volkswirtschaft für rund zehn Monate.

Die geplante Teilsanierung der AHV geht vorwiegend zulasten der Jungen, wie die Studie zeigt. Demnach müssen 0- bis 40-Jährige mit einer Zusatzbelastung von 25 000 bis 30 000 Franken pro Kopf rechnen, während 55-Jährige etwa 10 000 Franken zusätzlich zahlen müssen und 65-Jährige 6000 Franken.

Rentenalter 66/65?

Um die Lasten für die Jüngeren zu reduzieren, drängt sich ein ebenso simpler wie unpopulärer Schritt auf: Wir müssen länger arbeiten. Ein höheres Rentenalter könnte die Phasen der Erwerbsarbeit und des Rentenbezugs wieder in Einklang bringen. Doch die Politik tut sich schwer damit. Nächste Woche wird der Bundesrat voraussichtlich die Eckwerte der nächsten AHV-Reform präsentieren. In Sachen Rentenalter ist nur ein kleiner Schritt vorgesehen: Um die volle AHV zu erhalten, sollen Frauen künftig ebenfalls bis 65 arbeiten. Schon diese Angleichung ist umstritten. Sie zieht unweigerlich viele Gleichstellungsfragen nach sich, auf welche die Politik zurzeit – so kurz nach dem Frauenstreik – sensitiv reagiert. Warum, fragen Kritikerinnen, sollen die Frauen die «Opfer» der AHV-Reform sein?

Es gibt einen eleganten Weg, um dieser Diskussion auszuweichen. Finanzminister Ueli Maurer (svp.) hat ihn aufgezeigt: Um eine Genderdebatte zu vermeiden, könnte man das Rentenalter für beide Geschlechter um je ein Jahr erhöhen – für Männer auf 66, für Frauen auf 65 Jahre. Maurer hatte im April in einem Interview mit der NZZ

Sympathien für diesen Vorschlag geäussert. Letzte Woche liess er Taten folgen: Als der Bundesrat über die AHV-Reform sprach, hat der Finanzminister sein Modell mit Rentenalter 66/65 konkret zur Diskussion gestellt. Ein entsprechender Bericht der CH-Media-Zeitungen wird inoffiziell bestätigt.

Finanziell betrachtet, wäre Maurers Vorschlag sehr effizient: Zum einen wird die AHV etwa doppelt so stark entlastet, wenn nebst den Frauen auch die Männer ein Jahr länger Beiträge einzahlen und ein Jahr weniger Rente beziehen. Zum anderen könnte sich die AHV die geplanten «Ausgleichszahlungen» für die Frauen sparen, wenn nicht nur diese betroffen sind, sondern auch die Männer.

Höhere Renten für Frauen

Aber wie erwartet kam Bundespräsident Maurer mit seinem Vorschlag nicht durch. Aus Sicht der Mehrheit wäre es schwieriger, für die Vorlage eine Mehrheit zu finden, wenn das Rentenalter der Männer ebenfalls erhöht wird. Dieses Risiko will man nicht eingehen, zumal die Reform dringlich ist und die AHV rasch mehr Geld benötigt.

Und so fokussiert sich die Diskussion vor allem auf einen Punkt: auf die Ausgleichsmassnahmen, mit denen man den Frauen das höhere Rentenalter verkaufen will. Im Bundesrat gehen die Meinungen hier ebenso weit auseinander wie in den Parteien. Dem Vernehmen nach findet in der Landesregierung ein kleiner Basar zu siebt statt. Je nach Particouleur gibt es ganz unterschiedliche Vorstellungen, vor allem zu der Frage, wie viel das Ganze kosten darf.

Sozialminister Alain Berset (sp.) hatte zwei Varianten zur Diskussion gestellt. Berechnet für das Stichjahr 2030, kosten sie die AHV rund 500 oder 880 Millionen Franken. Das Geld käme in beiden Fällen den ersten neun Frauenjahrgängen zugute, für die das höhere Rentenalter gilt. Nach allem, was bisher zu hören war, ist gut denkbar, dass sich die Bundesräte irgendwo in der Mitte der beiden Varianten finden.

Inhaltlich sind zwei verschiedene Massnahmen zugunsten der neun Frauenjahrgänge im Gespräch: Ihre Renten würden bei einer vorzeitigen Pensionierung weniger stark gekürzt als die der Männer. Zusätzlich steht eine einseitige Rentenaufbesserung für diese Frauen zur Diskussion. Abhängig vom Einkommen erhielten sie dauerhaft einen Zuschlag, der im Durchschnitt rund 70 Franken im Monat betragen soll. Frauen mit hohen Löhnen würden davon nicht profitieren, denn die Maximalrente soll nicht erhöht werden.

Auch wenn die einseitige Erhöhung des Frauenrentenalters am meisten zu reden gibt, bildet sie nicht den gewichtigsten Teil der Reform. Damit spart die AHV lediglich 1,4 Milliarden Franken im Jahr, wovon noch die Kosten der Ausgleichsmassnahmen abgezogen werden müssten. Rund 2,5 Milliarden Franken im Jahr will der Bundesrat hingegen neu in die AHV pumpen, indem er die Mehrwertsteuer um 0,7 Prozentpunkte erhöht. *Wirtschaft, Seite 27*